IMME UND GEGENSTIMM

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK! FREI UND UNENTGELTLICH INSPIRIEREND



NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR! WELTGESCHEHEN UNTER DER VOLKSLUPE

S&G



HAND-EXPRESS



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 18/14: NACH DER CH-ZUWANDERUNGSINITIATIVE ~

INTRO

Im Vorfeld der Abstimmung über die Masseneinwanderungs-Initiative wurde dem Schweizer Volk vorausgesagt, dass Schweiz im Falle einer Annahme mit schwerwiegenden Nachteilen zu rechnen habe. In diesem Tenor ging es auch weiter, nachdem das Schweizer Stimmvolk die Initiative angenommen hatte. Die Artikel dieser Ausgabe widerlegen jedoch mit klaren Fakten viele der medial aufgebauschten Schreckensszenarien. Sie malen ein gegenteiliges Bild der Verhältnisse. So lieferte bspw. die Schweiz 2003 für Programme, Ämter und Agenturen Beträge von insgesamt 4,8 Milliarden CHF an die EU ab. In derselben Zeit floss davon gerade mal die Hälfte an die Schweiz zurück.

Beurteilen Sie selbst, welche die tatsächlichen Sachverhalte sind. Gerade darum braucht es mehr denn je unabhängige Medien wie z.B. den S&G-Handexpress.

Die Redaktion (brm.)

Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 – 82. Jahrgang, S. 36

"Eine mutig aufrechte, eines freien Bürgers würdige Haltung hat der Stimmbürger am 9. Februar gezeigt!"

Dr. Markus Erb, Präsident des Vereins Bürger für Bürger

Bedeutung der bilateralen Verträge für die EU im Fernverkehr

bm. Falls die EU der Schweiz die bilateralen Verträge kündigen würde, wäre auch das Landesabkommen hinfällig.

Dies würde bedeuten, dass die Schweiz die Schwerverkehrsabgaben für ausländische Lastwagen erhöhen könnte. Die Zahlungen an benachbarte Länder zum Ausbau der Bahnstruktur in dreistelliger Millionenhöhe könnte die Schweiz

ebenfalls kürzen. Die EU ist also durchaus auch abhängig von der kleinen Schweiz. Zumindest was die bilateralen Verträge angeht, befindet sich die Schweiz in einer viel stärkeren Position, als man die Schweizer glauben machen

Quelle:

Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 - 82. Jahrgang

"Natürlich nahm es mich auch wunder, wie die europäischen Funktionäre reagieren würden. Sie haben dann ja getäubelet* wie kleine Kinder – und damit ihre Larven abgezogen. Das allein zeigte mir, dass etwas nicht stimmt in Europa. Dass die EU keinen Respekt hat gegenüber der Schweiz und eine solche Angst vor einem Volksentscheid."

*getrotzt

Altbundesrat Christoph Blocher, eine Woche nach der Volksabstimmung

Handelserschwernisse gegenüber der Schweiz?

pb. Als Konsequenz aus dem Abstimmungsresultat könnte die EU den Handel mit der Schweiz erschweren Doch lassen wir einmal die Zahlen sprechen: Die Schweiz exportierte 2013 Waren im Wert von 116 Milliarden Franken in die EU-Länder. Im Gegenzug bezog die Schweiz Güter im Wert von 135 Milliarden Franken. Die EU verdiente somit 19 Milliarden Franken mehr an der Schweiz, als sie selbst ausgab. Nach den USA, China und Russland ist die Schweiz der viertwichtigste Abnehmer von Gütern aus der

EU. Würde die EU den Handel mit ihrem viertwichtigsten Handelspartner erschweren. könnten ihr deutliche wirtschaftliche Nachteile daraus erwachsen. Ouelle:

Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 - 82. Jahrgang

"Es wäre viel besser, wenn die Schweiz nach außen mit ein bisschen mehr Selbstbewusstsein auftreten würde. Für mich ist das nicht eine Frage der Nationalität, sondern eine Frage des nationalen Selbstbewusstseins!"

Harry Hohmeister (der deutsche Chef der Swiss)

Schweizer Forschung mit oder ohne EU?

dk. Das Schweizer Radio SRF1 berichtete, dass zunächst in der Schweiz die Forschung für ihre Projekte keine EU-Gelder mehr beantragen kann. Dass die Schweiz jährlich Milliardenbeträge in die EU-Forschungsprogramme steckt, wurde dabei verschwiegen. So zahlte sie z.B. zwischen 2007 und 2013 2.447 Millionen CHF in das 7. Forschungsrahmenprogramm. Der Rückfluss bis Juni 2012 betrug lediglich 1.559 Millionen CHF! Schätzungsweise 4,4 Milliarden würden der EU bei einem Ausschluss der Schweiz aus dem aktuellen Programm "Horizon 2020" entgehen. Da die EU auch in diesem Bereich mindestens ebenso viel von der Schweiz profitiert wie umgekehrt, fragt sich, für wen ein Ausschluss einschneidender ist, zumal die Schweiz mit diesen hohen Summen ihre Forscher direkt finanzieren könnte.

Quellen:

SRF1, 8-Uhr-Nachrichten vom 27.2.2014 Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 - 82. Jahrgang

Und das Geld für die Oststaaten?

dec. Am Beispiel der Osthilfe sehen wir, dass die EU kein Interesse daran haben kann, gewisse Verträge mit der Schweiz zu kündigen. Neben der sogenannten Kohäsionsmilliarde*, die die EU-Oststaaten bis 2017 aus der Schweiz bekommen sollen, haben die

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Schweizer Behörden weitere 257 Millionen Franken an die neuen EU-Länder Bulgarien und Rumänien zugesagt. Zudem soll auch Kroatien 45 Millionen Franken für Aufbauhilfe bekommen. Die EU fordert aber von der Schweiz noch mehr Geld für ihren Ostaufbau. Dem gegenüber finanzierten die Oststaaten mit dem Geld bis Mitte 2012 lediglich Aufträge in der Höhe von 23,5 Millionen Franken an Schweizer Firmen – ein Klacks im Vergleich zur Milliardenzahlung.

Wer hätte also das Nachsehen, sollte die Schweiz bei einer Vertragskündigung die Zahlungen stoppen?

*Kohäsionsmilliarde:

"Erweiterungsbetrag", welchen die Schweiz im Jahre 2004 beschlossen hat, den damals zehn neuen Staaten der EU zukommen zu lassen.

Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 - 82. Jahrgang https://de.wikipedia.org/wiki/ Koh%C3%A4sionsmilliarde

Die Bedeutung der Schweiz für die europäische Stromversorgung

mb. Die Einbindung der Schweiz in die europäische Stromversorgung ist vor allem für die anliegenden Länder wichtig. Als im September 2003 eine Schweizer Leitung ausfiel, führte das in weiten Teilen Italiens zu einem Blackout. Deutschland war im Februar 2012, wegen fehlendem Gasnachschub aus Russland für Bayern und Baden-Württemberg, auf Notstrom aus der Schweiz angewiesen. Also auch auf diesem Gebiet ist die Schweiz der EU nicht schutzlos ausgeliefert.

Magazin: Die Weltwoche, Nr. 8, 20. Febr. 2014 – 82. Jahrgang

Mio. in die EU über Zinsabschlagsteuer und Kredite

khc. In der Vergangenheit lieh die Schweiz den zahlungsunfähigen EU-Südstaaten hohe Kredite. Sie überwies pro Jahr auch mehr als 460 Millionen Franken Zinsen von EU-Bürgern, die Geld auf Schweizer Banken lagern, als Abschlagsteuer an die jeweiligen Heimatfinanzämter und machte sich so quasi zum Steuereintreiber Europas. Wenn

die EU, wie angedroht, Verträge kündigt, kann das dazu führen, dass diese 460 Mio. nicht mehr in die EU fließen und auch weitere Kredite nicht mehr gewährt werden.

Ouellen:

www.sis-verlag.de/archiv/2803schweiz-eu-steuerrueckbehalt-fuer-2009-betraegt-535-millionen-franken www.handelszeitung.ch/politik/schweiz -zahlt-460-millionen-eu-laender

Die Lüge über das Studentenaustauschprogramm "Erasmus"

mung hieß es, die EU habe das Studentenaustausch-Programm "Erasmus" für die Schweiz suspendiert und damit würde für Schweizer Studenten ein Auslandsemester an Universitäten in hann Schneider-Ammann, hatten sich öffentlich so geäussert.

Tatsache jedoch ist, dass die Schweiz schon vor dem 9. Februar selbst auf die weitere Teilnahme an "Erasmus" verzichtet hatte. Grund: Die der Schweiz dafür

af. Einige Tage nach der Abstim- aufgebürdeten Kosten (fast 376 Millionen Franken) stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen dieses Programms für schweizerische Universitäten. Die Frage, weshalb hier also nach dem 9. Februar eine gezielte Falsch-EU-Ländern erheblich erschwert. information verbreitet wurde, Sogar Bundesräte wie z.B. Jo- mag sich jeder selbst beantworten. Bis jetzt vermisst man eine Korrektur dieser verdrehten Berichterstattung in den Medien.

> Quellen: Eu-No-Info, 13.3.2014 www.stopp-eu-beitritt.ch/ anti-eu-info/140313/ Basler Zeitung, 6.3.2014, "Erasmus stand schon im Januar vor dem Aus

"Bilaterale" auf "bundesrätisch"?

Unter "bilateral" verstehen die zern favorisierte ist die dritte Va-So wurde es vom Bundesrat der Schweiz verkauft. Zu Unrecht! "Bilateral" bedeutet, dass die Schweiz automatisch Gesetze Aber Achtung: Der "bilaterale" Weg, wie ihn steht, bindet die Schweiz als eine Art Kolonie in einen von der EU dominierten Rechtsraum ein. Das ist die schlechteste aller Möglichkeiten. Die beste und von Schwei-

meisten eine Strategie des Draus- riante: Welt- und Europa-offene senbleibens, der Unabhängigkeit. Unabhängigkeit. Sie ist in den möglicherweise folgenden Volksabstimmungen über die "bilateralen Beziehungen" zu stärken.

aus Brüssel übernehmen muss. "Bilateral", wie es der Bundesrat versteht, sichert nicht, sondern Aussenminister Burkhalter ver- zersetzt die schweizerische Unabhängigkeit. Es ist höchste Zeit, dass die Positionen und Begriffe geklärt werden. Ouellen:

Auszug aus Originalartikel: Die Weltwoche, Nr. 9, 27. Febr. 2014 "Der Weg der Schweiz"

"Wollen wir weiterhin Eigenständigkeit, Wohlstand für alle, Wettbewerbsfähigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus und die Neutralität garantieren, brauchen wir eine echte und reale Alternative zu den Bilateralen. Bis heute haben keine – aber wirklich keine! – Partei und keine Politiker ernsthaft die Frage nach Alternativen zu den Bilateralen I und II gestellt."

Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat

Bilateral heisst ...

Der 9. Februar machte deutlich: Was bisher als "bilateraler Weg" verkauft wurde, ist unehrlich und funktioniert nicht. Die Schweiz will echte bilaterale, also zweiseitige Beziehungen mit der EU, aber sie will keine Verträge abschliessen, die sich nur unter Strafandrohung oder Inkaufnahme schwerer Nachteile kündigen lassen. Bilateral heisst nicht, dass der Grosse dem Kleinen seine künftigen Gesetze aufzwingt. Bilateral heisst nicht, dass der Grosse den Kleinen heimlich schluckt. Bilateral heisst, dass man auf gleicher Augenhöhe Verträge zum gegenseitigen Nutzen auf Zeit abschliesst. Solche Verträge besiegelt die Schweiz seit Jahrhunderten mit allen Staaten dieser Welt. Dieser "bilaterale Weg" ist nicht gefährdet, aber ein falsches Verständnis dieses "bilateralen Wegs" wurde entlarvt und hoffentlich beseitigt. Wir haben jetzt die Chance auf einen wahren "bilateralen Weg" zurückzukehren.

Ouellen: Auszug aus Originalartikel: Die Weltwoche Nr.13, 27. März 2014, "Europa" Vortrag von Roger Köppel in Basel

Schlusspunkt •

"Wir befinden uns im Jahr 2014 n. Chr. Ganz Europa ist von Eurokraten besetzt ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen Schweizern bevölkertes Land hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten ..." (Auf der Titelseite der Weltwoche Nr. 9/14).

Genauso wie die unbeugsamen Schweizer Gallier Widerstand leisten, werden auch all die Aufklärungsdienste, wie die S&G, unbeugsam und standhaft ihren Weg unbeirrt voranschreiten, bis alle Ungerechtigkeit ihr Ende gefunden hat! Die Redaktion (brm.)

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem "internetunabhängigen Kiosk"? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 4.4.14

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider. Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM ISL. ARAB. UKR, TUR, SWE, LIT - weitere auf Anfrage Abonnentenservice: www.anti-zensur.info Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen Österreich: AZZ, Postfach 61, A-9300 St. Veit a. d. Glan Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein







Stimmvereiniauna.org www.stimmvereinigung.org



